

# Stettiner Zeitung

## Morgen-Ausgabe.

C. H. Berlin, 17. Januar.

### Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 17. Januar.  
Am Tische des Bundesraths: Dr. von Stephan, von Bötticher und Andere.  
Präsident v. Vedeke eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gegenwurfs, betr. die Postdam schiffsverbindung mit Ostafrika.  
Nach der Vorlage soll der Reichstagler ermächtigt werden, die Einrichtung und Unterhaltung einer regelmäßigen Postdampfschiffsverbindung auf 10 Jahre an geeignete deutsche Unternehmer im Wege der öffentlichen Submission zu übertragen und dazu eine Beihilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 500,000 Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen.

Abg. Dr. Wambarger (fr.): Ich weiß nicht, ob ich mich ablehnen gegen die Vorlage erkläre, nicht einen Centum der Unterstützung dadurch hervorzuheben. Ich bin nicht mehr zugegen, aber auch von diesem Standpunkte aus würde ich nicht zu den Resultaten kommen, der Vorlage zustimmen, denn ich halte den Zeitpunkt am Schlusse der Session für den ungeeigneten, eine derartige Vorlage zu beraten und über dieselbe zu entscheiden. Es hieß ja auch zuerst, daß die Vorlage dem Reichstage nicht mehr zugehen werde; nun ist sie doch gekommen und ich kann mir die Sache nur so erklären, daß man die Ansicht hat: wenn die Vorlage von diesem Reichstage nicht bewilligt wird, der nächste Reichstag wird sie ganz gewiß nicht bewilligen. Das ist eine einfache aber auch sehr bedenkliche Erklärung. Wir haben bereits früher, Herr Reichstagler und ich, Veranlassung genommen, unsere erheblichen Bedenken gegen die Kolonialpolitik geltend zu machen und ich frage nun, was ist denn seit den vergangenen fünf Jahren geschehen, um uns zu veranlassen, die 5 Millionen jetzt zu bewilligen. Welche Erfahrungen haben wir denn mit den Einnahmen nach Samoa und Korea gemacht? Der Reichstagler auf der Linie von Neu-Seeland nach Samoa weist so minimale Zahlen auf, daß der Handel ihre Ausbeutung nicht vernünftigen würde. Den Verkehr nach Samoa hat der Staatssekretär bei der letzten Etatsberatung noch selbst als sehr gering bezeichnet. Diese beiden Linien aber wurden mit denselben Mitteln zur Annahme empfohlen, wie die vorliegende. Es sind aber Gründe genug vorhanden, anzunehmen, daß wir hier dieselbe Enttäuschung erleben, wie bei jenen Linien. Was ist denn aus der nationalen Weltenbewegung nach Ostafrika geworden? Nicht einmal die Stellenfragen haben eine solche Bewegung hervorgerufen. Nur der Bremer Lloyd wird eine Fährte über die Vorlage haben. Wenn ich die Wahl hätte, so würde ich die Schloßfreiheit Vollerzie dieser Vorlage noch vorziehen, denn bei jeder bleibt das Geld wenigstens im Lande, während die hier vorgeschlagene 5 Millionen rein ins Wasser geworfen werden, denn der deutsche Export hat davon nicht den geringsten Vortheil. Wie sind denn jene Länder dort überhaupt beschaffen? Es sind fünf drei Monate und wir wissen noch nicht einmal, ob der ungünstige Fall Peters dort ist, oder nicht. Und das soll nun ein Hinterland sein, auf welchem man mit hohen Kosten eine deutsche Kultur zu entfalten hofft! Der Export nach Ostafrika ist ein außerordentlich geringer. Der fünfjährige Durchschnitt des deutschen Exports beträgt kaum eine Schiffsladung — höchstens 3000 Tonnen. Wenn überhaupt wird, daß der Handel nach Ostafrika sich von England nach Deutschland herüberziehen werde, so ist das eine Chimäre, davon werden Sie keinen vernünftigen Menschen überzeugen. Was bleibt denn nun eigentlich für die Dampferlinie übrig? Die Personenbeförderung? oder die Korrespondenz? Wenn die Postverwaltung diese 5 Millionen Mark durchaus verwenden will, dann hat sie Gelegenheit genug dazu, wenn sie die Verbindungen über den diesjährigen Post-Etat eingehend studiert. Selbst wenn wir auf dem Standpunkt stehen, wir haben 4 gesagt und müssen nun auch 5 sagen, so können wir die 5 Millionen für Ostafrika besser verwenden. Geben Sie dieselben doch lieber dem Major Wismann, oder der ostafrikanischen Gesellschaft, da haben Sie wenigstens noch einigen Reichtum vorberathen müssen, denn die direkte Verbindung zwischen Hamburg und Ostafrika ist selbst für diejenigen unannehmbar, die im Prinzip für die Vorlage sind. Waschen Sie mit derselben, was Sie wollen, ich werde pure dagegen stimmen, weil ich sie für überflüssig halte, und ich fürchte nicht, daß Sie mir bei den nächsten Wahlen vorhalten werden, ich hätte die Interessen Deutschlands in Ostafrika geschädigt. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich lese dem Herrn Vorredner zwar in der Gabe der Darstellung erheblich nach, aber in der Darstellung der Richtigkeit bin ich ihm über. Die Regierung hat sich bei dieser Vorlage leiten lassen von den gewissenhaften Erwägungen der Interessen des Vaterlandes. Wenn der Herr Vorredner in scharfer Weise die Leistungen der ostafrikanischen Linie kritisiert hat, so kann ich ihm darauf erwidern, daß diese Linie sich ganz außerordentlich bewährt hat. Ich kann mich dafür auch auf Stimmen in der englischen Presse beziehen. Ein englisches Blatt schrieb u. A.: „Der Erfolg der deutsch-ostafrikanischen Linie ist ein geradezu phänomenaler und der Beweis für das deutsche Volk ist im hohen Grade förderlich. Bei solchen Erfolgen ist mit dem Bremer Lloyd bereits über eine Verdoppelung dieser Linie verhandelt worden.“ Allerdings hat sich die Hamburger Handelskammer früher gegen diese Linie erklärt, aber nur, weil damals die Verhältnisse zu unklar gewesen. (Auf links: Und jetzt?) Als im Jahre 1882 die Dampferlinie in Angriff genommen wurde, war von kolonialpolitischen Unternehmungen, deren Unterstüttung dem Vorredner das Schlußwort zu sein scheint, noch keine Rede. Daß dem Herr Vorredner gar kein Verständnis für die Erfolge des Reichstagskommissars, über welche im Lande eine patriotische Freude herrscht? Ich erinnere Sie nur daran: womit hat denn der Norddeutsche Lloyd angefangen? Im Jahre 1848 hatte er zwei Schiffe, heute über 100 Dampfer. (Abg. Wambarger: Ohne Subvention.) In dem Unternehmen hängen politische, maritime und kommerzielle Interessen und zahlreiche Handelskammern und Korporationen aus

allen Gegenden des deutschen Reichs sind für das Unternehmen und in diesem Falle sollte ich meinen, daß man dieser Vorlage mit patriotischer Freude zustimmen muß. (Beifall rechts.)

Abg. H. v. B. (natl.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir der Vorlage zustimmen werden. Wir halten die Herstellung von Postverbindungen mit den Kolonien für eine der notwendigsten Aufgaben. Wer auf solche Leistungen, wie sie der Herr Staatssekretär dargestellt, hinweisen kann, dessen Stellung wird schon dadurch im Vortragsverein gestärkt und gehoben. Aber nicht dies allein veranlaßt uns, der Vorlage unsere Zustimmung zu geben, die Entscheidung liegt vielmehr hauptsächlich in der Verbindung der Vorlage mit unserer ganzen Kolonialpolitik. Geradezu widerwärtig ist das Maß von Geschäftigkeit, mit welcher diese Politik bekämpft wird und die Mäße, mit welcher Verleumdungen von derselben verbreitet wird. (Sehr richtig!) Thatsache ist es, daß seit Wiederherstellung des deutschen Reiches die Verhältnisse sich dahin geändert haben, daß unsere im Auslande lebenden Vandalen weit mehr Muth und Zuversicht erlangt haben, ihre Sitten und ihre Sprache aufrecht zu erhalten. Das Gefühl ihrer politischen Zusammengehörigkeit mit dem Reich ist gestärkt. Wollten wir angeht alles dessen, was bisher geschehen ist, unser ostafrikanisches Bestreben, wir würden, glaube ich, einen großen politischen Fehler begehen. Wir haben eine große ideale, sittliche und humane Aufgabe auf uns genommen, die wir erfüllen wollen und festhalten werden und gerade dazu ist die Vorlage das zweckmäßigste Mittel, sowohl in politischer, wie in finanzieller Beziehung. In technischer Beziehung sind ja diese Fragen bereits eingehend geprüft worden, ich möchte aber doch vorschlagen, die Vorlage der Budget-Kommission zur möglichst schleunigen Berichterstattung zu überweisen. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum): Ich führe der Begeisterung des Vorredners gegenüber aus, daß die Naturverhältnisse in Afrika für den Aufenthalt der Deutschen nicht geeignet seien. Daß dort so viel Gegenstände für eine Dampferlinie vorhanden sind, glaube ich nicht. Wenn wir kaufmännische Expeditionen treiben könnten, dann könnte man die Vorlage genehmigen. Aber wir haben kein Geld! (Sehr richtig!) Für die Anteile ist kein Geld vorhanden, hier aber ist es im Ueberflusse da. Warum die Eile am Schlusse der Session? Die Sache hat keine Eile, ich meine, wir sollen warten bis zur nächsten Session, damit wir inwieweit das Land fragen können, ob wir das Geld für Hamburg bewilligen sollen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Hellborn (Folk.): Die Vorlage ist eine Konsequenz der ganzen Handels- und Verkehrs-Politik, die wir treiben müssen, daß ich es sehr bedauern würde, wenn der Reichstag dieselbe nicht unterstützen würde. Die Vergebung des Handels ist eben eine Folge des direkten eigenen Verkehrs. Die Segner der Vorlage machen dem Volke ein Bild vor von der Nothlage im Lande, welche durch und durch wahr ist. Wer die Vermögensfrage sieht, wird auch sehen, wie die Leute sich leiden, der wird nicht von den armen Stenographen sprechen, denen durch die Vorlage nur eine minimale Last auferlegt wird. Mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission erkläre ich mich ebenfalls einverstanden; ich halte die Budget-Kommission für die geeignetste. (Beifall rechts.)

Abg. R. v. B. (Reichspartei): Auch wir halten, wenn eine Kommissions-Berathung beliebt werden sollte, die Ueberweisung an die Budget-Kommission für das Richtige. Die Ausführungen des Abg. Dr. Wambarger haben sich hauptsächlich gegen Samoa und Korea gerichtet, von den übrigen großen Linien hat er sehr wenig gesprochen. Das Haupt-Kolonial-Interesse liegt jetzt ganz gewiß in Ostafrika und Deutschland ist daselbst national engagiert. Wir stehen gegenwärtig noch im Anfange daselbst, aber es dürfte später doch eine andere Zeit kommen, die es erfordert, daß Deutschland schon jetzt seine Handelsbeziehungen zu Ostafrika festsetzt. Wir dahin kommen, in Ostafrika Kolonien zu errichten, will ich nicht entscheiden, für die Verbindung mit Ostafrika ist die direkte Linie von Hamburg aus die beste. Nicht ins Wasser wird das Geld geworfen, wie Abg. Wambarger sagte, sondern auf das Meer, von dem einer unserer Nationalökonomien sagte, es sei eine große Weide, auf welche mündig gewordene Nationen ihre Heerden treiben. Angesichts der Subventionen, mit denen andere Staaten solche Dampferlinien unterstützen, dürfen auch wir nicht zurückbleiben. Ich halte die Sache für vollkommen sprichrichtig und sehe nicht ein, weshalb wir mit der Entscheidung bis zum nächsten Reichstag warten wollen. Die Begründung, welche wir mit dieser Vorlage bekommen haben, schließt sich den besten Begründungen an, die wir jemals von den verschiedenen Regierungen erhalten. Wir werden mit der Annahme der Vorlage unsere Handelsbeziehungen sicher fördern, wenn der Erfolg auch nicht in den ersten Jahren erkennbar werden wird.

Abg. Dr. v. B. (fr.): Wir haben uns von Anfang an bemüht, die merkantile von der politischen Seite der Fragen zu trennen und haben auch für diejenigen Linien gestimmt, welche merkantiles Interesse hatten, für diejenigen, die darüber hinaus gingen, dagegen nicht. Daß wir darin Recht hatten, beweist Samoa, welches die Kosten für die Dampferlinie nicht aufbringt. Wir sind sehr bereit, Vorlagen zu unterstützen, welche den Handel zu fördern geeignet sind und in dieser Beziehung stehe ich der Vorlage nicht ganz so schroff gegenüber, als andere. Aber Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Vorlage mit der Kolonialpolitik eng verbunden ist. Als eine gegebene Linie merkantiler Art habe ich bereits früher einmal die brasilianische Linie bezeichnet. Ostafrika wird niemals eine Stelle der deutschen Kolonisation im engeren Sinne werden, denn es bietet nichts, namentlich läßt es keinen Vergleich mit Indien zu. Abenteuer und Stellenjäger sind fast die einzigen, die nach Ostafrika gehen, und nur wenige Personen, welche daselbst verdingen wollen, werden zu treiben. Es kann aber niemals der Sitz einer deutschen Kolonie werden. Ein möglicher Handel kann sich ja vielleicht daselbst entwickeln, aber niemals ein großer. Bleibt das deutsche Reich dabei, Ostafrika festzuhalten, so würden wir dieser Thatsache Rechnung tragen müssen, aber wir glauben nicht, daß dazu eine so

theure Fortverbindung notwendig wird. Die Budgetkommission wird die Vorlage eingehend prüfen müssen. Ich beklage es, daß eine klare, eingehende Behandlung der Sache nicht eingetreten ist, nach meiner Ansicht hat die ganze ostafrikanische Frage bis auf den heutigen Tag noch keine große Bedeutung. Ich fürchte, wir werden dahin kommen, in jeder neuen Session neue große Opfer bringen zu müssen. Was die merkantile Seite der Angelegenheit anbelangt, so werden wir gern bereit sein, die Interessen des Handels zu unterstützen.

Abg. Dechamps (natl.): Von keiner Seite sei jemals beabsichtigt, deutsche Arbeiter zur Auswanderung nach Ostafrika zu verleiten, aber merkantile Interessen könnten dieselben daselbst sehr wohl dienstbar gemacht werden. Jedem befreit, daß das Klima daselbst ungesund sei.

Da sich weitere Redner nicht gemeldet haben, wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an die Budgetkommission gewiesen.

Das Haus beschließt sich hierauf mit der Erledigung von Petitionen.

Eine Petition, betr. die Ausübung des Gewerbes der Rechtskonsulenten, wird auf Antrag der Petitionskommission (Referent Abg. Kuleman) dem Reichskammerpräsidenten zur Revision der Zivilprozessordnung überwiesen.

Eine Petition kurbischer Witwen um Gewährung kurbischer Witwen-Staatspensionen eben anderweitig gefällig, resp. versicherten Witwenbezügen wird der Regierung zur Erwägung zugewiesen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Tagesordnung: Einträge Staatsreste und Initiativanträge v. Hueber, Dr. Windthorst, Altmann, Wehrhagel der Reichstagler, Königsfeld, Abänderung der Gewerbeordnung — Befähigungsnachweis etc.

### Deutschland.

C. Berlin, 17. Januar. Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung einen Nachtrag-Etat zum Etat für 1890-91 an die zuständige Ausschüsse zur Vorberathung überwiesen. Dieser Nachtragetat beläuft sich auf Ausgabe und Einnahme mit 187,000 Mark. Die Ausgabe wird zum Umbau des nördlich gelegenen Seitenflügels des Dienstgebäudes Wilhelmstraße 76, sowie zu einigen anderen baulichen Einrichtungen für das auswärtige Amt verlangt. Es haben sich bei der im Herbst v. J. vorgenommenen baulichen Verlichtigung der Gebäude auf dem Dienstgebäude Wilhelmstraße 76 in den Räumen des Zentralbureaus Zustände herausgestellt, für welche vom baulichen Standpunkte aus die Verantwortung nicht länger übernommen werden kann. Nicht minder bedrohlich ist der bauliche Zustand im nördlichen Seitenflügel dieses Grundstückes, wofür die Beamten der politischen Abteilung untergebracht sind. Um das Zentralbureau zu entlasten und den Beamten derselben, sowie denjenigen der politischen Abteilung eine die Gesundheit und persönliche Sicherheit nicht schädigende Erleuchtung zu gewähren, ist von sachverständiger Seite für notwendig erklärt worden, noch in diesem Jahre mit der Ueberlegung des nördlichen Seitenflügels zu beginnen, damit an Stelle desselben baldmöglichst ein Neubau errichtet werden könne, die gesammelten Kosten des Umbaus werden die oben genannte Summe betragen. Das Projekt und die dazu gehörigen Pläne sind im Ministerium der öffentlichen Arbeiten geprüft, das Projekt ist als zweckentsprechend, die Kostenansätze für angemessen erachtet worden. Zur Deckung der Ausgabe sollen die Materialbeiträge um 187,000 Mark erhöht werden.

Nach Mittheilungen, welche heute an der Börse vorlagen, soll das Komitee der niedergerichteten westfälischen Bergarbeiter an den bergbaulichen Verein im Schreiben gerichtet haben, in welchem dasselbe vom 1. Februar ab 50 Prozent Lohnerhöhung und achtstündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt verlangt.

In der am 16. d. Mts. mit dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Entwurf eines Gesetzes für Glas-Verordnungen zur Ausführung des Gesetzes, betreffend den Schutz von Bögeln, vom 22. März 1888 die Zustimmung. Von der Annahmestellung der Gesetze des Bundesamts für das Heimathwesen im Geschäftsjahre 1888-89 nahm die Versammlung Kenntnis, erklärte sich mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Gesetzentwurfs für Glas-Verordnungen, betreffend die Zwangs-erziehung an die Ausschüsse für Justizwesen und für Glas-Verordnungen einverstanden und beschloß, die Vorlage, betreffend die Ergänzung des Reichshandels-Etats für 1890-91, dem Reichstag zur Berathung zu übergeben.

Der Entwurf eines Eisenbahn-Stationsvorkehrers a. D., betreffend die Anrechnung eines Gehaltsanteils bei Beförderung seiner Pension, beschloß der Bundesrath eine Folge nicht zu geben. Endlich wurde über die Wiederbeförderung einer Mitgliedsstelle bei dem Bundesamt für das Heimathwesen Beschluß gefaßt.

Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wird, wie man hört, in diesem Winter nicht mehr nach Rom zurückkehren, sondern in ihrem Palais in Berlin bis gegen Frühjahr residieren.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden werden für die nächste Zeit noch in Berlin verbleiben, bis die Angelegenheiten, die den Nachlaß der hochseligen Kaiserin Augusta betreffen, geordnet sind.

In dem Befinden des Abgeordneten Herrn v. Franckenstein ist seit gestern keine Veränderung eingetreten, der Zustand ist noch immer sehr bedenklich.

Die in allen Theilen des Staates streng zur Anwendung gebrachten veterinärpolizeilichen Vorschriften zur Unterdrückung der Mangelheute des Rindviehes haben den erfreulichen Erfolg gehabt, daß am Schlusse des 3. Quartals 1889 diese Seuche — abgesehen von einem vereinzelten Falle in den Regierungs-Bezirken Oppeln und Rastatt nur noch in Rindviehebeständen in den altverehrten Regierungsbezirken Angermünde und Merseburg herrscht und auch hier nur in geringer Zahl sehr vermindertem Umfange, nämlich in letzterem nur noch in 2 Geflüstern.

In der Budget-Kommission des Reichstags fanden heute die vom Plenum ihr gestern zugewiesenen Anträge betreffend die Aufbesserung

der Gehälter der Unterbeamten zur Verhandlung. Abg. Graf Vehr (Reichspartei): Nachdem in Preußen eine Gehaltsaufbesserung in Aussicht genommen, darf man sich auch im Reich die Forderung nicht entziehen. Da scheint ihm denn der Antrag Vambach-Nichter, den Wohnungsgelddruck den Heuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen, noch der annehmbarste, da hierdurch der allgemeinen Gehaltsaufbesserung nicht vorgegriffen würde. — Abg. Vambach legt dar, daß nach seinem Antrage etwa 6 Millionen erforderlich wären, um den Beamten eine einmalige Zulage von 5 Prozent des Gehalts zu gewähren. — Abg. Richter ist erfreut, daß der freisinnige Antrag auch von anderen Parteien Billigkeit finde, freilich sei das nach der Ueberraschung, die Herr Dr. Scholz durch die vorgeschlagene Gehaltsaufbesserung in Preußen bereitet, nicht zu verwundern. Abg. v. Huene (Zentrum): Durch die Erstattungen im Landtage sind wir alle überrascht worden. Wir haben uns leisten lassen von dem Gedanken, daß es nicht möglich sei, jetzt auf diesem Gebiete im Reich vorzugehen, weil wir dann die Einzelstaaten mit ihrem jetzigen Etat in Verlegenheit bringen würden. Nun geht auf einmal Preußen voran, da müssen wir im Reich natürlich folgen. Auch wir ist von den vorgeschlagenen Anträgen der Vambach'sche der liebste, wenn ich auch der gleichzeitigen Erhöhung von 5 Prozent nicht beistimmen kann. Abg. Kalle (National Liberal) will sich auf seinen Antrag, bis zur dritten Lesung einen Nachtragetat vorzulegen, nicht flehen und würde eventuell auch dem Antrage Vambach zustimmen. 5 Millionen dürften genügen, welche der Regierung als Dispositionsfonds zu überweisen wären. Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn: Die Frage der Beamtenaufbesserungen sei in einem großen Maße eine der wichtigsten und ernstesten, die es für ihn gebe, und seiner Ansicht nach sei bei Behandlung dieser Frage in den letzten vierzehn Tagen dieser Ernst etwas vermindert worden. Bis jetzt liege ein Beschluß des Bundesraths zu der angeregten Frage nicht vor, und er sei nicht befugt, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Er berufe sich auf die Erklärung, welche Minister von Bötticher im Plenum abgegeben, daß die Aufbesserungen der Gehälter im Reich analog denen in Preußen erfolgen würden. Einen Nachtragetat noch bis zur dritten Lesung des Budgets vorzulegen, sei bei der Geschäftslage des Reichstages unannehmbar. Abg. v. Huene stellt Verwahrung dagegen, daß die Kommission oder das Plenum des Reichstages es bei Behandlung dieser Frage an dem nötigen Ernst habe fehlen lassen. — Direktor Altmann: Auch in gegenwärtiger Zeit sei eine Gehaltsaufbesserung zum Theil vorgezogen. Nach Annahme des allgemeinen Antrages Vambach würde also theilweise eine doppelte Berücksichtigung, also eine unerwünschte Ungleichheit der Verhältnisse eintreten. — Abg. Müller-Marienburg (Reichspartei): Wenn in Preußen eine Gehaltsaufbesserung notwendig ist, sei dies im Reich ebenso der Fall. Es sei zu bedenken, daß die Reichsregierung sich in einer gewissen Zwangslage befinde, sie sei aber nicht ohne Schuld, denn die Absicht der Erhebungen sei doch in Preußen nicht pflöckig gekommen, und es hätte daher sehr wohl eine Verständigung der Faktoren im Reich und in Preußen vorher herbeigeführt werden können. Er sei auch auf den Antrag Vambach, doch wünsche er vor fünf Prozent das Wort „durchschnittlich“ zuzufügen. — Abg. von Wedell (Deutschf.) hält es bei der Kürze der Zeit für das Beste, die Erledigung der Frage bis zum Herbst zu verschieben. Die Regierung könnte sich bis dahin schlüssig machen und eventuell könnte man dem Beschlusse rückwirkende Kraft beilegen. — Abg. Richter ist der Meinung, daß nicht der Reichstag, wohl aber die Regierung es in der Frage an dem nötigen Ernst habe fehlen lassen. — Abg. von Huene stellt folgenden formalen Antrag: den Herrn Reichstagler zu ersuchen: 1) dem Reichstag spätestens in der nächsten Session einen Nachtragetat vorzulegen, durch welchen bereits für das Etatsjahr 1890/91 eine angemessene einmalige Erhebung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten herbeigeführt wird, zweitens demnach eine dauernde Aufbesserung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten vom Etatsjahr 1891-92 ab zur Durchführung zu bringen. Bei der Abstimmung wird, nach Ablehnung des Antrags Kalle, der Antrag von Huene einstimmig angenommen.

Der Abg. Dr. Windthorst wurden heute zu seinem 79. Geburtstag herzlich Glückwünsche von zahlreichen Mitgliedern aller Parteien dargebracht. Das Zentrum beglückwünschte Herrn Dr. Windthorst durch eine Deputation in früher Morgenstunde. Der Platz des Jubilars im Reichstage war durch einen großen Beifallssturm und mehrere andere Blumensträußen geschmückt.

Unter der Ueberschrift „Eine Unterredung mit Stanley“ veröffentlicht der heute vorliegende „Preiser“ ausführliche Mittheilungen seines Korrespondenten, aus denen insbesondere das Urtheil über Emin Pascha hervorgeht, welches zu werden verdient. Zunächst äußert sich Stanley über den Sudan wie folgt:

„Seine Preisgabe war ein politisches Verbrechen. Ich glaube, daß man überreißt und sich über die Gefährdung der Bevölkerung dieser Gebiete täuscht. Diese sind keineswegs der Herrschaft des Khedive feindlich gesinnt, nur muß man sie zu behandeln wissen, insbesondere kommt es darauf an, die Verkehrsmittel zu erleichtern und überall Eisenbahnen zu erbauen, wo dies geschehen kann.“

Ueber Emin Pascha ließ sich Stanley dann folgendermaßen vernehmen:

„Emin ist ein Mann ersten Ranges. Ich bin glücklich, dies hervorheben zu können, sowie alle mir zugeschriebenen entgegengelegten Behauptungen zu dementiren. Emin hat als Verwaltungsmann bemerkenswerthe Eigenschaften, die er während seines dreizehnjährigen Aufenthaltes im Sudan gezeigt hat. Er wußte das Vertrauen der Eingeborenen zu gewinnen. Nur hat er einen Fehler: er versteht nicht, wann es noth thut, energisch zu sein. Mit der Bevölkerung der Negalandprovinz muß man aber energisch zu Werke gehen.“

Auf die Frage, ob er die Rolle Emin's für beendigt hielte, erwiderte Stanley:

„Dem Khedive sagte ich gestern, daß überall, wo es darauf ankomme eine Verköpfung herbeizuführen, überall wo Verhandlungen mit den Eingeborenen notwendig sind: in Suakin, in Wadi-Halfa oder anderwärts Emin noch große Dienste zu leisten vermag, unter einer Bedingung jedoch,“

der die Exekutivgewalt sich in anderen Händen befindet. Man darf ihn nicht allein lassen. Was ihn selbst betrifft, so hegt er nur den einen Wunsch: der Regierung noch Dienste erweisen zu können.“

Der Abgeordnete Letocha hat während der Weihnachtsferien an Ort und Stelle in den obersteilsten Bergwerksgebieten eingehende Studien über die Lage der Bergarbeiter gemacht, und man geht wohl nicht fehl, wenn man den von der Zentrums-Deputation der Provinz Schlesien in gleichem Verlaufe darüber jetzt veröffentlichten Artikel auf ihn zurückführt. Danach haben die drei vornehmlich an den obersteilsten Kohlenbergwerken beteiligten Besitzer, Graf Hensel v. Dommermarck, Graf Schaffgotsch und Herr v. Tiele-Winler — die Bergwerke des letzteren sind neuerdings bekanntlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden — auf längere Zeit (angebl. auf drei bis vier Jahre) ihre gesammte Jahresproduktion an Zwischenhändler in „General-Entrepôts“ verkauft, und zwar zu den vor der Ausfuhrzeit üblichen billigen Kohlenpreisen. Die ganze Steigerung der Kohlenpreise während und nach dem Auslande sei demnach ausschließlich den Zwischenhändlern zu Gute gekommen. Die Grubenbesitzer seien durch die Kohlenverkung unter den Bergarbeitern zu ihrem Nachtheile zum Vorrückung und zugleich zur Herabsetzung der Schichtzeit gezwungen worden. Daß unter den obwaltenden Umständen, so heißt es in jenem Artikel, darin ein weites Entgegenkommen der Grubenbesitzer in Oberschlesien, die zum Theil durch den Bergarbeiter-Anstand schwer geschädigt werden sind, ohne in der kolossalen Steigerung nur irgend einen Ansehnlich zu finden, liegt, wird man nicht bestreiten können. Dieser Umstand wird auch seitens der einschichtigen und besonnenen Bergarbeiter im obersteilsten Kohlenrevier berücksichtigt und demnach richtet sich hier die Erörterung weniger gegen die Grubenbesitzer und Grubenverwaltungen, als vielmehr gegen die Zwischenhändler. Wie aus dem Artikel schließlich noch zu ersehen ist, beabsichtigt die Zentrumsfraktion des Abgeordneten-Hauses, die Frage des Zwischenhandels im obersteilsten Bergrevier im Parlament zur Sprache zu bringen.

Berlin, 17. Januar. Im Ordinarium des Kultus-Etats soll, wie wir hören, der Zuschuß behufs Erhöhung der Dienstalterszulagen für Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen wiederum um 300,000 Mark erhöht werden. Der Kultusminister Dr. v. G. H. L., der seit Jahren mit großem Eifer für die Vermehrung dieses Fonds kämpft, hat dabei, wie man weiß, das Ziel im Auge, den Elementarlehrern die Alterszulagen in der Art zuzuwenden, daß sie auf die Bewilligung derselben nach Ablauf der entsprechenden Dienstzeit ohne weiteres einen Anspruch haben, und daß sie dabei von der freien Entscheidung der vorgesetzten Behörden theilhaftig unabhängig gemacht werden. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung wird zur endlichen Erreichung dieses dankenswerthen Zieles ein ordentliches Stück weiter fördern. Ferner werden im Ordinarium des neuen Kultus-Etats weitere 300,000 Mark für Unterstützung unermögelter Gemeinden und Schulverbände bei Elementarschulbauten in den früheren politischen Landeskreisen neu gefordert und damit den Bestrebungen zur besonderen Förderung des deutschen Volksschulwesens in diesen Gebietskreisen ein weiterer erfreulicher Nachdruck verliehen.

Zur Viersfelder Kandidatur Hammerstein bringt die „Kreuz-Zg.“ folgende Mittheilung:

Zunächstwanzig Vertrauensmänner erklärten durch Unterschrift am Mittwoch in Schönebeck folgendes: 1) In der Vertrauensmänner-Versammlung am 13. Dezember sei wieder der Ausdruck „Hammerstein'sch“ noch eine andere ähnliche Aeußerung. 2) Nicht kläglich, sondern ein anderes Mitglied sagte: Es sei ihm von zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß noch in letzter Zeit die „Kreuz-Zg.“ auf dem Tische im Zimmer des Kaisers gesehen worden sei. 3) Ein Brief von Windthorst wurde nicht vorgelesen. 4) Von dem Verhältnis zwischen Kaiser und Kaugler wurde am 13. Dezember ebenfalls geredet als davon, daß Kundgebungen seiner Majestät mit seinem willkürlichen Willen nicht in Einklang stünden. 5) Unter besonderem Verfall wurde am 13. Dezember festgestellt, daß die Kandidatur Hammerstein keine Demonstration sei. Gegenüber einem derartigen Vorwurf habe man nur den Ausdruck der Verachtung, wozu die immer bewiesene monarchische Denkwiese ein Recht gebe. 6) Wir stellen Hammerstein auf, weil wir in ihm den bewährten Vertreter des unabhängigen Theils der deutsch konservativen Fraktion, des sogenannten rechten Flügels, erblicken, und das schwerwiegendste Gegenwärtig gegen eine andere Fraktion der Fraktion; weil wir durch seine Wahl die Fraktion im Sinne des rechten Flügels beeinflussen wollen; endlich weil Hammerstein Kandidatur allein Aussicht auf Erfolg bietet. Die Kundgebung schließt mit den im Auszug bekannten Schlussworten des Vorlesenden am 13. Dezember. Alle Feststellungen und Beschlüsse wurden durch einstimmig gefaßt.

Es wird also nunmehr — durch die Bemerkung an 2 — zugelassen, daß zur Förderung der Kandidatur des Herrn v. Hammerstein eine Mittheilung gemacht worden, die selbstverständlich keinen anderen Zweck hatte, als die Meinung zu verbreiten, der Kaiser habe trotz der Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ nichts gegen die „Kreuz-Zeitung's“ Politik. Die Angaben, durch welche dieses Angebots in der obigen Mittheilung wieder abgeschwächt werden sollen, sind ohne jeden Belang. Dagegen ist von erheblichem Interesse das weitere Angebots, daß die Kandidatur Hammerstein insbesondere auch gegen einen „Flügel“ der konservativen Partei, in Wahrheit gegen die Majorität dieser, gerichtet ist. Die Mittheilung der „Kreuz-Zg.“ sagt, daß 25 Vertrauensmänner der konservativen des Reichstages die obigen Feststellungen und Beschlüsse „einstimmig“ gefaßt; sie schwärzt aber darüber, ob dies die sammtlichen, früher an der Auffstellung der Kandidatur Hammerstein beteiligten gesessenen Vertrauensmänner waren, resp. wie viele sich etwa von der nächsten Versammlung fern gehalten haben.

Zugewiesen hat der Landrath v. Disurth in Viersfeld, wie nehmen an: als Mitglied der dortigen konservativen Partei — folgende Erklärung veröffentlicht:

1) Die Auffstellung der Kandidatur v. Hammerstein wurde trotz der Eröffnung des „Staats-

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Danneberg, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heine, Eiser, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

der Abgeordnete Letocha hat während der Weihnachtsferien an Ort und Stelle in den obersteilsten Bergwerksgebieten eingehende Studien über die Lage der Bergarbeiter gemacht, und man geht wohl nicht fehl, wenn man den von der Zentrums-Deputation der Provinz Schlesien in gleichem Verlaufe darüber jetzt veröffentlichten Artikel auf ihn zurückführt. Danach haben die drei vornehmlich an den obersteilsten Kohlenbergwerken beteiligten Besitzer, Graf Hensel v. Dommermarck, Graf Schaffgotsch und Herr v. Tiele-Winler — die Bergwerke des letzteren sind neuerdings bekanntlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden — auf längere Zeit (angebl. auf drei bis vier Jahre) ihre gesammte Jahresproduktion an Zwischenhändler in „General-Entrepôts“ verkauft, und zwar zu den vor der Ausfuhrzeit üblichen billigen Kohlenpreisen. Die ganze Steigerung der Kohlenpreise während und nach dem Auslande sei demnach ausschließlich den Zwischenhändlern zu Gute gekommen. Die Grubenbesitzer seien durch die Kohlenverkung unter den Bergarbeitern zu ihrem Nachtheile zum Vorrückung und zugleich zur Herabsetzung der Schichtzeit gezwungen worden. Daß unter den obwaltenden Umständen, so heißt es in jenem Artikel, darin ein weites Entgegenkommen der Grubenbesitzer in Oberschlesien, die zum Theil durch den Bergarbeiter-Anstand schwer geschädigt werden sind, ohne in der kolossalen Steigerung nur irgend einen Ansehnlich zu finden, liegt, wird man nicht bestreiten können. Dieser Umstand wird auch seitens der einschichtigen und besonnenen Bergarbeiter im obersteilsten Kohlenrevier berücksichtigt und demnach richtet sich hier die Erörterung weniger gegen die Grubenbesitzer und Grubenverwaltungen, als vielmehr gegen die Zwischenhändler. Wie aus dem Artikel schließlich noch zu ersehen ist, beabsichtigt die Zentrumsfraktion des Abgeordneten-Hauses, die Frage des Zwischenhandels im obersteilsten Bergrevier im Parlament zur Sprache zu bringen.

Berlin, 17. Januar. Im Ordinarium des Kultus-Etats soll, wie wir hören, der Zuschuß behufs Erhöhung der Dienstalterszulagen für Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen wiederum um 300,000 Mark erhöht werden. Der Kultusminister Dr. v. G. H. L., der seit Jahren mit großem Eifer für die Vermehrung dieses Fonds kämpft, hat dabei, wie man weiß, das Ziel im Auge, den Elementarlehrern die Alterszulagen in der Art zuzuwenden, daß sie auf die Bewilligung derselben nach Ablauf der entsprechenden Dienstzeit ohne weiteres einen Anspruch haben, und daß sie dabei von der freien Entscheidung der vorgesetzten Behörden theilhaftig unabhängig gemacht werden. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung wird zur endlichen Erreichung dieses dankenswerthen Zieles ein ordentliches Stück weiter fördern. Ferner werden im Ordinarium des neuen Kultus-Etats weitere 300,000 Mark für Unterstützung unermögelter Gemeinden und Schulverbände bei Elementarschulbauten in den früheren politischen Landeskreisen neu gefordert und damit den Bestrebungen zur besonderen Förderung des deutschen Volksschulwesens in diesen Gebietskreisen ein weiterer erfreulicher Nachdruck verliehen.

Zur Viersfelder Kandidatur Hammerstein bringt die „Kreuz-Zg.“ folgende Mittheilung:

Zunächstwanzig Vertrauensmänner erklärten durch Unterschrift am Mittwoch in Schönebeck folgendes: 1) In der Vertrauensmänner-Versammlung am 13. Dezember sei wieder der Ausdruck „Hammerstein'sch“ noch eine andere ähnliche Aeußerung. 2) Nicht kläglich, sondern ein anderes Mitglied sagte: Es sei ihm von zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß noch in letzter Zeit die „Kreuz-Zg.“ auf dem Tische im Zimmer des Kaisers gesehen worden sei. 3) Ein Brief von Windthorst wurde nicht vorgelesen. 4) Von dem Verhältnis zwischen Kaiser und Kaugler wurde am 13. Dezember ebenfalls geredet als davon, daß Kundgebungen seiner Majestät mit seinem willkürlichen Willen nicht in Einklang stünden. 5) Unter besonderem Verfall wurde am 13. Dezember festgestellt, daß die Kandidatur Hammerstein keine Demonstration sei. Gegenüber einem derartigen Vorwurf habe man nur den Ausdruck der Verachtung, wozu die immer bewiesene monarchische Denkwiese ein Recht gebe. 6) Wir stellen Hammerstein auf, weil wir in ihm den bewährten Vertreter des unabhängigen Theils der deutsch konservativen Fraktion, des sogenannten rechten Flügels, erblicken, und das schwerwiegendste Gegenwärtig gegen eine andere Fraktion der Fraktion; weil wir durch seine Wahl die Fraktion im Sinne des rechten Flügels beeinflussen wollen; endlich weil Hammerstein Kandidatur allein Aussicht auf Erfolg bietet. Die Kundgebung schließt mit den im Auszug bekannten Schlussworten des Vorlesenden am 13. Dezember. Alle Feststellungen und Beschlüsse wurden durch einstimmig gefaßt.

Es wird also nunmehr — durch die Bemerkung an 2 — zugelassen, daß zur Förderung der Kandidatur des Herrn v. Hammerstein eine Mittheilung gemacht worden, die selbstverständlich keinen anderen Zweck hatte, als die Meinung zu verbreiten, der Kaiser habe trotz der Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ nichts gegen die „Kreuz-Zeitung's“ Politik. Die Angaben, durch welche dieses Angebots in der obigen Mittheilung wieder abgeschwächt werden sollen, sind ohne jeden Belang. Dagegen ist von erheblichem Interesse das weitere Angebots, daß die Kandidatur Hammerstein insbesondere auch gegen einen „Flügel“ der konservativen Partei, in Wahrheit gegen die Majorität dieser, gerichtet ist. Die Mittheilung der „Kreuz-Zg.“ sagt, daß 25 Vertrauensmänner der konservativen des Reichstages die obigen Feststellungen und Beschlüsse „einstimmig“ gefaßt; sie schwärzt aber darüber, ob dies die sammtlichen, früher an der Auffstellung der Kandidatur Hammerstein beteiligten gesessenen Vertrauensmänner waren, resp. wie viele sich etwa von der nächsten Versammlung fern gehalten haben.

Zugewiesen hat der Landrath v. Disurth in Viersfeld, wie nehmen an: als Mitglied der dortigen konservativen Partei — folgende Erklärung veröffentlicht:

1) Die Auffstellung der Kandidatur v. Hammerstein wurde trotz der Eröffnung des „Staats-

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Danneberg, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heine, Eiser, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

der Abgeordnete Letocha hat während der Weihnachtsferien an Ort und Stelle in den obersteilsten Bergwerksgebieten eingehende Studien über die Lage der Bergarbeiter gemacht, und man geht wohl nicht fehl, wenn man den von der Zentrums-Deputation der Provinz Schlesien in gleichem Verlaufe darüber jetzt veröffentlichten Artikel auf ihn zurückführt. Danach haben die drei vornehmlich an den obersteilsten Kohlenbergwerken beteiligten Besitzer, Graf Hensel v. Dommermarck, Graf Schaffgotsch und Herr v. Tiele-Winler — die Bergwerke des letzteren sind neuerdings bekanntlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden — auf längere Zeit (angebl. auf drei bis vier Jahre) ihre gesammte Jahresproduktion an Zwischenhändler in „General-Entrepôts“ verkauft, und zwar zu den vor der Ausfuhrzeit üblichen billigen Kohlenpreisen. Die ganze Steigerung der Kohlenpreise während und nach dem Auslande sei demnach ausschließlich den Zwischenhändlern zu Gute gekommen. Die Grubenbesitzer seien durch die Kohlenverkung unter den Bergarbeitern zu ihrem Nachtheile zum Vorrückung und zugleich zur Herabsetzung der Schichtzeit gezwungen worden. Daß unter den obwaltenden Umständen, so heißt es in jenem Artikel, darin ein weites Entgegenkommen der Grubenbesitzer in Oberschlesien, die zum Theil durch den Bergarbeiter-Anstand schwer geschädigt werden sind, ohne in der kolossalen Steigerung nur irgend einen Ansehnlich zu finden, liegt, wird man nicht bestreiten können. Dieser Umstand wird auch seitens der einschichtigen und besonnenen Bergarbeiter im obersteilsten Kohlenrevier berücksichtigt und demnach richtet sich hier die Erörterung weniger gegen die Grubenbesitzer und Grubenverwaltungen, als vielmehr gegen die Zwischenhändler. Wie aus dem Artikel schließlich noch zu ersehen ist, beabsichtigt die Zentrumsfraktion des Abgeordneten-Hauses, die Frage des Zwischenhandels im obersteilsten Bergrevier im Parlament zur Sprache zu bringen.

Berlin, 17. Januar. Im Ordinarium des Kultus-Etats soll, wie wir hören, der Zuschuß behufs Erhöhung der Dienstalterszulagen für Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen wiederum um 300,000 Mark erhöht werden. Der Kultusminister Dr. v. G. H. L., der seit Jahren mit großem Eifer für die Vermehrung dieses Fonds kämpft, hat dabei, wie man weiß, das Ziel im Auge, den Elementarlehrern die Alterszulagen in der Art zuzuwenden, daß sie auf die Bewilligung derselben nach Ablauf der entsprechenden Dienstzeit ohne weiteres einen Anspruch haben, und daß sie dabei von der freien Entscheidung der vorgesetzten Behörden theilhaftig unabhängig gemacht werden. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung wird zur endlichen Erreichung dieses dankenswerthen Zieles ein ordentliches Stück weiter fördern. Ferner werden im Ordinarium des neuen Kultus-Etats weitere 300,000 Mark für Unterstützung unermögelter Gemeinden und Schulverbände bei Elementarschulbauten in den früheren politischen Landeskreisen neu gefordert und damit den Bestrebungen zur besonderen Förderung des deutschen Volksschulwesens in diesen Gebietskreisen ein weiterer erfreulicher Nachdruck verliehen.

Zur Viersfelder Kandidatur Hammerstein bringt die „Kreuz-Zg.“ folgende Mittheilung:

Zunächstwanzig Vertrauensmänner erklärten durch Unterschrift am Mittwoch in Schönebeck folgendes: 1) In der Vertrauensmänner-Versammlung am 13. Dezember sei wieder der Ausdruck „Hammerstein'sch“ noch eine andere ähnliche Aeußerung. 2) Nicht kläglich, sondern ein anderes Mitglied sagte: Es sei ihm von zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß noch in letzter Zeit die „Kreuz-Zg.“ auf dem Tische im Zimmer des Kaisers gesehen worden sei. 3) Ein Brief von Windthorst wurde nicht vorgelesen. 4) Von dem Verhältnis zwischen Kaiser und Kaugler wurde am 13. Dezember ebenfalls geredet als davon, daß Kundgebungen seiner Majest



Dollars	4 15 00	1000.00	1000.00
---------	---------	---------	---------



Der Kampf um eine Million.  
Von J. Miramar.

**Weisse Seidenstoffe v. 93 Pfg.**  
bis 18,20 p. Met. — glatt gestreift u. gemustert  
(ca. 150 versch. Qual.) — versch. roben u. stückweise  
porto- und zollfrei nach Fabrikdepot **G. Henne-  
berg** (St. u. St. Postk.), Zürich. Muster  
umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto.

**Eine rationelle Ernährungs-  
methode für Magenfraude, Nierenschwäche**  
u. d. höchsten auf seine Schwierigkeiten wahr, wenn sich je-  
mand tägl. Nahrung **Grant's Nueciana** bedienen. Nun  
dies. Speise ist dem Kranken dienlich, welche nicht nur  
nährt, sondern auch leicht verdaulich ist. Diese beiden  
Eigenschaften bei **Grant's Nueciana** in 2 Wochen  
zeit wie kein and. Nahrungsmittel. Der Wohlgeschmack aller  
Nueciana-gerichte erzeugt selbst bei lang. tägl. Gebrauch  
keine Widerwille. **Grant's Nueciana** ist zu M.  
1.20 die Flasche erb. in Seltin bei: Th. Braun, Del-  
fischstraße; C. H. Horn; A. M. Wummesdorf, D. Dönitz 17.  
D. Reimer, Gassenwälderstr. 5; Erich Richter, Brei-  
tenstraße 64; C. A. Schmidt, Königsstr. 7; Louis Sternberg,  
B. Wagner, Laßbude 76; Mar. Zuege, Kronprinzstr.

Grabow a. O. den 16. Januar 1890.

Die Meißtstädt-Wählerliste Grabows werden vom  
23. d. Mts. incl. ab auf 3 Tage in unserem Ge-  
schäftsraum Breitestr. 12 zur Einsicht offen liegen.

Wahlberechtigt ist hieselbst jeder Deutsche, welcher

a) seinen Wohnsitz in Grabow a. O. hat, in der  
Wählerliste verzeichnet steht, und sich im  
Besitze der staatsbürgerlichen Rechte befindet,

b) 25 Jahre alt ist und weder unter Vormundschaft  
oder Kuratel steht, noch sich im gerichtlichen  
Konkurs oder Falliments befindet, noch auch  
eine öffentliche Armenunterstützung bezieht oder  
im letzten Jahre bezogen hat.

Die Wählerliste sind zwar von Haus zu Haus auf-  
genommen, trotzdem müssen wir rathen, Einsicht zu  
nehmen, um Uebergehungen und Unrichtigkeiten zu  
beheben.

Zum Ausgiren von Schiffsfahrzeugen durch die Ge-  
röthung der im Bau befindlichen Nagelbrücke soll  
für das laufende Baujahr ein Dampfschiff angemietet  
und hier stat onirt werden. Bedingungen werden auf  
Wunsch überlanet. Angebote erbitet. Marienburg  
den 15. Jannar 1890. Der Eisenbahn-Bau-  
und Betriebs-Inspetktor. M a t t h e s

Au den Wäldern 21. d. Mts. Vormittags 9 Uhr im  
Kremsdamm'schen Wäldchen zu Torgelow anberaumten  
Holzversteigerung gelangen zum Ausruf:

Schwarzkiefer Speichholz, Hiebssagen 6: 6 Eichen-  
Langquersholz II.—IV. St., 10 m Eichendickholz, 24 m  
Eiche, 4 m Kiefer, 6 m Kiefern-Edelholz, 36 m  
Eiche, 15 m Kiefer, 136 m Stochholz, 15 m Kiefern-  
Hiebssagen 12c: 11 Eichen-Langquersholz II.—IV.  
St., 10 m Eichendickholz, 4 m Eiche, 8 m Kiefer, 37  
m Stochholz, 6 m Kiefer, 37 m Kiefern-Eiche,  
89 m Stochholz, 45 m Kiefer.

Schwebegürtel Schindelschale: Totalität: 1 St. Eichen-  
 Langmußholz III. kl., 5 rm Schichtmußholz, 41 rm  
 Scheit, 8 rm Knüppel, 12 rm Buchen-Scheit, 1 rm  
 Kleifer-Langmußholz, 18 rm Birken-Scheit, 21 rm Knüppel, 217 St.  
 Kleifer-Langmußholz I., -V. kl., 3 rm Schichtmußholz,  
 148 rm Scheit, 178 rm Knüppel, 50 rm Reiser.  
 Schwebegürtel Lorowolz: Hiebsjagen 89. 5 St. Eichen-  
 Langmußholz III. u. IV. kl., 26 rm Schichtmußholz,  
 41 rm Scheit, 6 rm Knüppel, 17 rm Stochholz,  
 279 St. Kleifer-Langmußholz I. -V. kl., 13 rm  
 Schichtmußholz, 95 rm Scheit, 60 rm Reiser.  
 Hiebsjagen 90: 49 St. Kleifer-Langmußholz I. -IV. kl.  
 Totalität: 3 rm Eichen-Scheit, 38 rm Birken-Scheit,  
 15 rm Knüppel, 200 St. Kleifer-Langmußholz I. -V.  
 kl., 52 rm Schichtmußholz, 315 rm Scheit, 155 rm  
 Knüppel, 30 rm Reiser.  
 Schwebegürtel Feinmischer: Hiebsjagen 103. 567 St.  
 Kleifer-Langmußholz I. -V. kl., 28 rm Schichtmußholz,  
 192 rm Scheit, 44 rm Knüppel, 47 rm Stochholz.  
 Hiebsjagen 117: 13,25 hbr. Kleifer-Langen VI.  
 u. VII. kl., 13 rm Scheit, 120 rm Reiser.  
 Totalität: 3 rm Eichen-Schichtmußholz, 7 rm Scheit,  
 9 rm Buchen-Scheit, 352 St. Kleifer-Langmußholz  
 I. -V. kl., 7 rm Schichtmußholz, 276 rm Scheit,  
 64 rm Knüppel, 25 rm Reiser.  
 Sämtliche Totalitätsböser sind bequem zur Abfuhr  
 an Wege und Gesele gerickt.

der Königl. Oberförsterei **Pütt** am Sonnabend,  
den 25. Januar cr., von Vorm. 10 Uhr ab im Gast-  
hause zu **Gross-Christenburg**. Ausge-  
boten werden Liefermähler aus den Jagen 67 und  
146 = 544 St. Bau- und Schneideholz, Jagen 53 und  
146 = 420 rm Kloben, Jagen 53, 67, 110 u. 146 = 700  
rm Stubb.

**Kirchliche Anzeigen.**

Herr Pastor Jücker um 10 Uhr.  
 (Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)  
 Herr Vikar Quade um 6 Uhr.  
 Mittwoch Abend 6 Uhr Bibelfunde: Herr Pastor  
 Jücker.  
 Im Johannisfloster-Saale (Neustadt):  
 Herr Prediger Baars um 9 Uhr.  
 Brüdergemeinde (Eisfabrikstr. 46):  
 Nachmittags 4 Uhr: Belegottesdienst.  
 In der Lutherschen Kirche (Neustadt):  
 Vormittags 9 1/2 Uhr: Belegottesdienst.  
 Nachmittags 5 1/2 Uhr: Predigt u. Abendmahl (Beicht-  
 stuhl) Herr Prediger Schulz.  
 In der Zulus-Kirche:  
 Herr Pastor Domann um 10 Uhr.

Mittwoch, Abends 7 Uhr, Bibelstunde: Herr Pastor  
 Grotmann.  
**In Salem (Torrey):**  
 Herr Konfistorialrat Dr. Krummhauger um 11 Uhr.  
 Herr Prediger Dr. Lühmann um 5 Uhr.  
**In Grabow:**  
 Herr Pastor Mans um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 (Darnach Beichte und Abendmahl.)  
 Mittwoch, Abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Bibelstunde: Herr  
 Pastor Mans.  
**In Marchandstift (Bredow):**  
 Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr: Gottesdienst.  
**In der Luther-Kirche (Rüllschau):**  
 Herr Vikar Quade um 9 Uhr.  
**In der katholischen Kirche:**  
 Frühmesse 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 Militär-Gottesdienst 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 Hochamt und Abendg 10 Uhr.  
 Andacht und Segen um 3 Uhr.  
 Versammlung der weiblichen Jugend.  
 5 Uhr: Verein der Handwerker und Arbeiter.  
 Der Versteigunsal ist Sonnabend Nachmittag 5 Uhr  
 und Sonntag früh geöffnet.  
**Seemannshaus (Straußmarkt 2, 2 Tr.):**  
 Dienstag Abend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Gottesdienst: Herr Pastor  
 Tjinnig.

Unter Protektion Ihrer Excellenz der  
 Frau Ober-Präsident Gräfin Behr  
**Negendank:**  
 Sonntag, den 19. Januar cr., Mittag von 12

zum Besten von Salem,  
gegeben von Herrn Direktor **Kahlsel**  
mit Damen und Herren seiner Akademie  
für Kunstgesang.  
Einzelkarten 1 *Sk* — ohne der Wohlthätige  
Scheine zu setzen — in der Musikalienhandlung  
von **E. Simon** und **Co.**

an der Kasse, und die 1. Stelle, sowie Mittag.  
Der Beschließ: Kongress-Ausschuss ist aus dem Magazin  
des Herrn Kommerzien-Rath **Wolkenhauer.**

---

Zu recht zahlreichem Besuche habet ein  
**Das Komitee.**  
**Haken. Wächter,**  
**Ober-Bürgermeister. Kommerzien-Rath.**  
**Schreiber,**  
**Ober-Regierungs-Rath.**

ertheilt: Angehörigen und Vorgesetzten  
**Robert Mader**, Artilleriefr. 4, 8 Tr.

---

**Wissenschaftlicher Verein.**  
Montag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, im Saal  
der Begeleiungsschule.  
Der Vortrag des Herrn Regierungs-Offizier **Jasch  
kowitz**: Aus dem Stammbuche der Eisenbahn.  
Danach Verlesung von Zeitschriften der Begeleiungsschule,  
wozu die Mitglieder derselben ergeben  
eingeladen werden.

zu Grabow a. D.  
Da unser Kollege, der Schneidermeister **E. Schramm** am 15. d. M. verstorben ist, so findet die Beerdigung am Sonntag, den 19. d. M., Nachmittag 3 1/2 Uhr von der Kemmer Zeichenhalle aus statt. Zum Abholen der Fahne werden die Kollegen ersucht, um 2 1/2 Uhr bei unserm Obermeister **T. H. Müller** sich einzufinden. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand

Einladung zum Abonnement auf den IV. Jahrgang.

billigste illustr. Volks- u. Familienzeitschrift.

In jeder Wochennummer mehr als 20 Bilder (schönste Holzschneitte).

Abonnements-  
Preis **nur M 1.** viertel-  
jährlich

bei jeder Postanstalt und bei jeder Buchhandlung.

Postzeitungs-Catalog: Deutsches Reich Nr. 1640, Bayern Nr. 228.

Direkt von unserer Expedition bezogen Mark 1.30 per Quartal.

Adresse: „Deutsche Zeitung, München.“

✂ Problemumern gratis und franko. ✂

**Aktienkapital: 3 Millionen Mark.**

Die Bank gewährt unter besonders vorteilhaften Bedingungen:

1. **Lebensversicherungen mit und ohne Gewinnanteil, mit und ohne Mitbewährung der Prämien, sowie auf Wunsch auch mit Belagabefreiung, im Falle der Versicherte durch Krankheit oder Körperverletzung erwerbsunfähig (invalid) wird;**
2. **Ausssteuer- und Militärdienst-Versicherungen;**
3. **Leibrenten- und Invaliditätsrenten-Versicherungen;**
4. **Unfallversicherungen mit und ohne Gewinnanteil, sowie mit und ohne Prämien-Mitbewährung.**

Versicherungsanträge werden von sämtlichen Agenten der Bank, sowie auch im Bureau der letzteren Abfertigung Nr. 33 in Nürnberg, bereitwillig entgegen genommen.

Ehrliche und zuverlässige Agenten finden jederzeit Aufstellung.

**Geschichte**  
erscheint wöchen-  
lich in Schorers Familienblatt.  
Preis 2 Mark vierteljährlich.  
Probenummern in jeder Buchhandlung.

**Berlin.** Gegründet 1873.  
Juristische Person. —  
Filialdirektion: Staatsüberaufsicht.  
Heddenstraße 11.

**Stuttgart.** Generaldirektion:  
Heddenstraße 7.

## Wichtig für jeden Hausbesitzer.

**Allg. Deutschen Versicherungs-Vereins in Stuttgart.**  
Die Versicherung wird von den Vorständen der Ganzbesitzer-Bereine angelegentlich empfohlen und ist mit taum nemenswerthen Kosten verbunden, indem die Jahres-Prämie für Hörsperverleung pro 1000 des Miethsbeitrags nur M. 1—2 beträgt.  
Soll Sachbeschädigung mitverschiert werden, so erhöht sich die Prämie um 50 Prozent des übrigen Satzes.  
Am 1. Januar 1889 waren bei dem Verein 202,627 Personen versichert!!!  
Prospecte und Versicherungsbedingungen werden sowohl von der Direction als sämtlichen Vertretern des Vereins gerne gratis abgegeben.  
Der Gewinn von Mitgliedern werden in allen Städten weitere Agenturen errichtet.  
Es wollen sich Bewerber dierhalb gef. an die Generaldirection wenden.

Beitstellung an der Frankfurter Serienloos-Gesellschaft, welche für ihre Theilnehmer in der 2. gezogenen Staatsanleihe-loose Gesellschaft, die unbedingt mit Treffer herauskommen müssen. Am 1. d. F. Ziehung der Köln-Mindener 100 Thlr. Serienloose, Haupttreffer 165,000 Mk. Jahreslos 18., Vierteljähr. Mk 12., monatl. Mk 4., Prospekte verlangen


**Otto Rist & Cie., Frankfurt a. M., Eichenheimer Anlage 14**

berhe. Auf seiner Brust fand sich endlich die all-  
englische Brieftasche.  
„Hallo! Hurrah!“ rief Videmann bei ihrer  
Anblick. „Gudlich!“  
Er öffnete die Brieftasche, überzeugte sich, da-  
sich das Täfelchen wirklich darin befände, steckte es  
mit Sorgfalt zu sich und sagte:  
„Nun, kurzen Prozeß mit ihm gemacht; wer-  
ihn ins Wasser.“  
„Der Hauptmann hat befohlen, wir sollen ihn  
lebendig bringen“, entgegenzte der Ruchrer, in  
dem wir Remke, den Kunstschlosser, erkennen.  
„Warum nicht gar“, eierte Videmann, „es sol-  
wohl wieder etwas dazwischen kommen und die  
Geschichte nie ein Ende kriegen? Werst ihn ins  
Wasser, sage ich.“  
„Der Balbes rast, wenn wir ihn um sein  
Nacke bringen“, sagte Pique Zehn, der den  
Diener gespielt hatte.  
„Er sit ein Narr mit sammt seiner Nacke!“  
schalt Pique König, „Ioll es uns denn etwa wie-  
der geben, wie das vorige Mal, wo wir ihn auch  
schon lief hatten? Angefaßt, Pique-Acht, wi-  
werfen ihn ins Wasser.“  
„Kein“, forierten die beiden Andern.  
„Ich sage Euch, ja, ich nehme ganz die Ver-  
antwortung auf mich!“ rief Videmann, „in’s  
Wasser mit ihm.“  
„Wir leiden’s nicht!“  
Mit geballten Fäusten drangen Gruert und  
Remke auf Videmann ein. Diesen Augenblick be-  
nutzend, ergriß Wilke mit seinen gewaltigen  
Fäusten den Unglücklichen, hob ihn in die Höhe  
und ploglich befeuerte ein lautes Aufschlagen des  
Wassers, daß er den Streich thausächlich ent-  
schieren habe.  
„Blumms da liegt er“, sagte er mit thierischen  
Faden, „der Engländer wird einen schönen Fisch-  
fangen. Ich habe hier lange genug im Regen-  
und in der Kälte gestanden, jetzt will ich was  
Warmes und was zu trinken haben.“  
„Der Balbes wird einen schönen Spektakel  
vorführen“, brummte Remke.  
(Fortsetzung folgt.)

der Abonnent erhält  
in 1 Stk für Porto und Verpackung grati-  
**umte Zimmerzierde**  
großen Pracht-Kupferstich  
**Schwanstein**  
der bayerischen Königschlösser  
höhe von 48:60 cm excl. Papiertrand.  
**nahme. Ladenpreis 15 Mk.**  
hält die verschleierte Abbildung des Stiches  
Probenummern zu verlangen.

1. Februar bis Schluss der  
Ziehung haben  
noch Antheilloose zu 3 1/2 M.  
6 1/2 M., 12 1/2 M., 25 M.  
50 Mark etc. abzugeben  
per Gewinnloose hier un-  
ausserhalb, ob von mir od-  
anderweitig entnommen, nehme ich  
Zahlung, zahle Ueberschüsse

zu und gebe die Originale nach der Ziehung **prompt** zurück.  
Die **täglichen Gewinnlisten** liegen zur **Gratis-Einsicht bereit**. **Originalloose** **billigst**.  
**G. A. Kaselow,** **Stettin,**  
Findenstrasse 9


**Extrafahrt**  
 nach Pöltz  
 am Sonntag, den 19. Januar.  
 Von Stettin: 11 Uhr Vormittags. Von Pöltz: 7 Uhr Morgens.  
 Oskar Henckel.

Hamburg-Amerikanische Packfahrt-A.-G.  
**Stettin-Newyork**

"Polynesia" 5. Februar.  
"Slavonia" 19. Februar.  
"Polaria" 15. März.

Im Giskele ab Swinecünde.  
Auskunft wegen Fracht und Passage ertheilen  
**Johannsen & Mügge,**  
Untewiek 7,  
und ferner die Agenten: O. Sundin, Greifenboge  
Helsingørsk.

**Eberstein, Carl a. D.**

In einer Hafenstadt Pommerens, mit Bahnhofs-  
bindung, ist ein in besser Gegend, Hauptstraße an-  
liegende am Markt gelegenes erstes und größtes Ha-  
naustrant dieser Stadt mit flottem Ausschank  
incl. gutem und vielem Zubehörl mit ca. 5 Ma-  
nnschaften zu verkaufen. Preis RM 30,000. An-  
zahlung März 9—10,000. Offerten werden mit  
St. 1 an die Exped. der „Stett. Zig.“, Kirchpl. 9, er-  
beten.

Familien-Andenken aus anderen Zeitungen.  
 Geburten: Ein Sohn: Herrn Edwig Käßlin  
 — Herrn Len (Berlin). — Herrn Grönwald (Pru-  
 dow). — Eine Tochter: Herrn Willh. Schöder  
 (Straßburg).  
 Herr Johann Grul (Straßburg). — Herr August  
 Niemann (Nappin). — Frau Karoline Schumann, geb.  
 Schreiber (Greifswald). — Herr Georg Albert (Mien-  
 fingen). — Frau Caroline Strakus, geb. Schulz (Wuffin).  
 — Herr Wilhelm Reichthal (Greifswald). — Fra-  
 uen Karoline, geb. Voss (Münster). — Herr Mari-  
 us Fahlert (Münster). — Frau Carl Schwenke, (Graz).

**Lebergürtel** zu allen Preisen,  
**Nierengürtel,**  
**Schuppengürtel**  
sind zu haben bei  
**R. Grassmann,**  
Schützenstraße 9

# Abreißkalender

von 1890  
sind zu haben bei  
**R. Grassmann,**  
Kirchen 4 und Schulzenstraße 9



